

FRONTEX ABSCHAFFEN

Beenden wir das EU-Grenzregime

Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union und ein zentrale Akteurin bei der Durchsetzung des Grenzregimes der EU. Durch ihre Einsätze, ihre Beteiligung an Abschiebungen, ihre Zusammenarbeit mit Drittstaaten und ihre Rolle bei der Befestigung der EU-Grenzen ist Frontex für systematische Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Frontex spielt eine wichtige Rolle für die Schließung der EU-Grenzen.

Die Grenzpolitik der EU ist inhärent rassistisch und stärkt koloniale und kapitalistische Machtstrukturen. Es ist an der Zeit, Frontex und das System, das es repräsentiert, abzuschaffen.

Die militarisierte Politik der Festung Europa hat seit 1993 über 40.555 Menschen getötet. Ertrunken im Mittelmeer, erschossen an den Grenzen, gestorben durch Selbstmord in Lagern, gefoltert und getötet nach der Abschiebung - die EU hat Blut an ihren Händen.

WAS IST FRONTEX?

Was als kleine Agentur in Polen begann, ist zu einer der bedeutendsten Institutionen der EU geworden. Das Budget ist seit 2005 um mehr als 7.560% gewachsen; von 2021 bis 2027 sind 5,6 Milliarden Euro für die Agentur vorgesehen. Frontex hat eine Armee rekrutiert, die Handfeuerwaffen besitzen und benutzen darf, und verfolgt das Ziel, bis zum Jahre 2027 10.000 Grenzsoldaten zu beschäftigen.

Mittlerweile kann die Agentur auch ihre eigene Ausrüstung kaufen - etwa Schiffe,

Hubschrauber und Drohnen. Davon profitieren Waffen-, Sicherheits- und Überwachungsfirmen, die durch ihre Lobbyarbeit die Grenz- und Verteidigungspolitik der EU maßgeblich mitgestaltet haben.

Frontex agiert auch als "Rückführungsagentur" der EU, koordiniert gemeinsame Abschiebeflüge von EU-Ländern, initiiert Abschiebungen, hilft bei sogenannten "freiwilligen" Rückführungen und übt Druck auf Nicht-EU-Länder aus, abgeschobene Geflüchtete wieder aufzunehmen.

Die EU argumentiert, dass Frontex eine notwendige Antwort auf die "Bedrohung" durch Migration sei. Doch die Darstellung von Menschen, die migrieren, als Bedrohung führt lediglich zu einem Anstieg von Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie.

#AbolishFrontex wäre ohne die Arbeit, die auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene im Kampf gegen Grenzen, Abschiebungen, Absonderungen und strukturellen Rassismus geleistet wurde und beständig weitergeführt wird, nicht möglich. Die Kampagne beruht auf dieser Arbeit und dem Respekt vor dieser.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Frontex abschaffen
- Migrant:innen regularisieren
- Alle Abschiebungen stoppen
- Absonderungen von Migrant:innen beenden
- Militarisierung der Grenzen beenden (und den militärisch-industriellen Komplex abschaffen)
- Die Überwachung von Menschen auf der Flucht stoppen
- Solidarität stärken
- EU-Politiken beenden, die Menschen zur Migration zwingen
- Bewegungsfreiheit für alle
- Das EU-Grenzregime abschaffen

Das Ziel von #AbolishFrontex ist nicht, Frontex zu reformieren oder zu verbessern, oder es durch etwas Ähnliches zu ersetzen. Vielmehr geht es darum, die Politik und das System zu verändern, die Frontex am Leben erhalten. Wir arbeiten daran, den Grenzindustrie-Komplex zu demontieren und eine Gesellschaft aufzubauen, in der Menschen sich frei bewegen und frei leben können.

FRONTEX ABSCHAFFEN

- Alle Frontex-Einsätze beenden
- Alle aktuellen Frontex-Einsätze und jegliche Präsenz von Frontex einstellen
- Push-Backs und Pull-Backs stoppen
- EU-Mitgliedstaaten sollten sich weigern, sich an Frontex-Einsätzen zu beteiligen - sowohl logistisch (Bereitstellung von Ausrüstung und Vermögenswerten) als auch personell
- Frontex-Budget auflösen und jegliche Erweiterungsvorschläge ablehnen
- Den ständigen Frontex-Korps auflösen
- Keine neuen Frontex-Mitarbeiter:innen einstellen
- Ausgaben für die Grenzbefestigung auf Dienstleistungen und Ressourcen für Migrant:innen, Sozialprogramme, Sozial-, Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie den Übergang zu einer Co2-armen Wirtschaft umlenken
- NGOs: Ausstieg aus dem Konsultativforum von Frontex

Frontex ist der Inbegriff der repressiven Migrations- und Grenzpolitik der EU. In den vergangenen Jahren sind ihre Befugnisse, ihr Budget und die Anzahl ihrer Mitarbeiter rasant gestiegen. Sie kann nun den EU-Mitgliedsstaaten verbindliche Weisungen zur Verstärkung der Grenzschutzmaßnahmen erteilen und sogar in deren Grenzschutzangelegenheiten eingreifen.

Während Teil des neuen Mandats von Frontex der Aufbau eines eigenen ständigen Grenzschutzkorps und eines Ausrüstungspools ist, ist sie dennoch darauf angewiesen, dass die EU-Mitgliedsstaaten Personal und Ausrüstung zur Verfügung stellen, damit sie ihre Operationen durchführen kann. Die Mitgliedsstaaten bitten Frontex in der Regel auch um Unterstützung, sei es durch Einsätze oder auf anderen Gebieten.

NGOS LEGITIMIEREN FRONTEX

Frontex hat ein "Konsultativforum", das "wichtige europäische Institutionen, internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenbringt, um die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache in Grundrechtsfragen zu beraten." Anstatt sich ernsthaft mit der Rolle von Frontex bei Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen, dient dieses Forum dazu, die Existenz von Frontex und die begangenen Rechtsverletzungen zu legitimieren, indem es der Agentur den Anschein von Akzeptanz und internen Kontrollmechanismen verleiht.

MIGRANT:INNEN REGULARISIEREN

- Sozialen Wohnraum, Sozialleistungen, Bildung, Gesundheitsversorgung, Rechtshilfe, Arbeit, Aufenthaltsrecht und eine saubere Umwelt für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- In Ressourcen und Unterstützungsprogramme für Migrant:innen-Communities investieren
- Umnutzung leerstehender Gebäude, Häuser, Wohnungen und Hotels zur Unterbringung von Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind
- Die Privatisierungswelle und den Abbau öffentlicher Dienstleistungen rückgängig machen, die mit dem Neoliberalismus und der Austeritätspolitik einhergehen
- Umverteilung von Mitteln der Nationalstaaten und der EU in die Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Gemeinschaftszentren und -dienste, Trauma- und psychologische Betreuung sowie Unterstützung für Überlebende von Missbrauch und Gewalt

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen das Recht auf eine gesicherte Lebensgrundlage haben und in der Menschen nicht aufgrund ihrer "Staatsangehörigkeit" oder ihrer Klasse privilegiert werden. Es ist grundlegend rassistisch und ungerecht, Menschen die Rechtssicherheit und das Recht auf eine gesicherte Lebensgrundlage zu verweigern.

Es gibt Präzedenzfälle für die Regularisierung von Migrant:innen, die zeigen, dass die Verweigerung von Regularisierung eine Entscheidung von Regierungen und keine Notwendigkeit darstellt.. Zwischen 1996 und 2008 haben 24 der 27 europäischen Staaten Migrant:innen reguliert. Aber diese Regularisierung basiert oft auf wirtschaftlichen, handelspolitischen oder politischen Motiven und auf der Tatsache, dass die europäische Wirtschaft von prekärer, unregulierter und migrantischer Arbeit abhängig ist. Europas Grenzpolitik lässt sich nicht von ihrem neoliberalen Projekt und Austeritätspolitik und Privatisierungen trennen. Alle sollten Zugang zu sozialem Wohnraum, Sozialhilfe, Bildung, Gesundheitsversorgung, Rechtsbeistand, Arbeit und einer sauberen Umwelt haben. Kein Mensch ist illegal.

DER EUROPÄISCHE KRIEG GEGEN MIGRANT:INNEN

Die Krieg der EU gegen Migrant:innen ist das Herzstück ihrer Außenpolitik. Migration wird als Bedrohung dargestellt, und die Antwort der EU ist die Militarisierung der Grenzsicherung, sowohl an den EU-Außengrenzen als auch in Drittländern.

Diese Militarisierung beinhaltet:

- die Entsendung von Streitkräften zur Überwachung der Grenzen;
- die Errichtung von Zäunen und Mauern sowie die Installation von Überwachungs- und Ortungstechnologie
- den verstärkten Einsatz von autonomen Geräten (Drohnen);
- die Verstärkung der Grenzpolizei;
- (para)militärische Frontex-Einsätze im Mittelmeer und auf dem Balkan
- die Ausbildung und Bereitstellung von Ausrüstung für (para)militärische Grenzsoldaten in Drittstaaten.

ALLE ABSCHIEBUNGEN STOPPEN

- Alle Abschiebungen stoppen und unterbinden.
- Kooperationen über Abschiebungen in Länder außerhalb der EU stoppen: Kündigung aller Kooperationsvereinbarungen und aller anderen Rücknahmeabkommen von Frontex, der EU und ihren Mitgliedstaaten mit Drittstaaten. Die "Vorführung" von Migrant:innen bei Botschaften, um Reisedokumente zu erhalten, und die Einladung von Repräsentant:innen anderer Länder zur Identifizierung von Menschen auf der Flucht müssen beendet werden.
- Zwangsrückführungen stoppen. (Unter dem neuen europäischen Migrationspakt können sich Länder durch Zwangsrückführungen von der Aufnahme von Migrant:innen "freikaufen".)
- Familienzusammenführung für alle, die durch Festhaltung und Abschiebung getrennt wurden.
- Beendigung aller "Programme zur freiwilligen Rückkehr", die für erzwungene Abschiebungen unter anderem Namen stehen - durch Einschüchterung, Androhung von Haft oder Bestechung mit dem (oft falschen) Versprechen, dass Menschen beim Aufbau eines Lebens in ihrem Herkunftsland unterstützt werden. Es müssen andere Wege gefunden werden, um Menschen zu unterstützen, die wirklich freiwillig in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen.

Alle EU-Mitgliedsstaaten schieben Migrant:innen ab, die nicht im Land bleiben dürfen, in der Regel, indem sie einige wenige Personen in reguläre Flüge oder spezielle Charter-Abschiebeflüge setzen. Dem geht oft die die Absonderung in Lagern oder Anhaltezentren voraus (siehe "Absonderung beenden"). Abschiebung bedeutet, dass Menschen in die Situationen zurückgebracht werden, vor denen sie geflohen sind - in der Regel sind das Krieg, Repression, Menschenrechtsverletzungen, Gewalt, Hunger, Armut oder ähnliche Umstände. Es gab zahlreiche Fälle, in denen abgeschobene Menschen anschließend inhaftiert, gefoltert oder ermordet wurden.

Frontex spielt eine immer wichtigere Rolle bei Abschiebungen aus EU-Ländern durch:

- Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten bei nationalen oder (aus mehreren Ländern) kombinierten Abschiebeflügen;
- die Einleitung von Abschiebungen - einschließlich des Charterns von Flugzeugendurch Aufträge an private Fluggesellschaften;
- Unterstützung bei sogenannten "freiwilligen Rückführungen"

Frontex unterstützt zudem Rückführungsaktivitäten von EU-Ländern, unter anderem durch den Austausch von Informationen und die Entsendung von Teams von "Rückführungsexpert:innen" in die Mitgliedstaaten. Ein erstes "Ständiges Rückführungs-Korps" wurde im Januar 2021 am Flughafen Rom Fiumicino stationiert.

Länder können Menschen nur abschieben, wenn das Land, in das sie abgeschoben werden sollen, sie auch aufnimmt. Dazu haben die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten "Rückführungsabkommen" mit Drittstaaten abgeschlossen. Frontex hat eigene Kooperationsvereinbarungen mit mehreren Ländern außerhalb der EU, darunter auch Rückführungsabkommen. In bestimmten Fällen beinhalten diese die Möglichkeit von "Sammelrückführungen", für die das Nicht-EU-Bestimmungsland Flugzeuge und Begleitkräfte zur Verfügung stellt. Diese Vereinbarungen haben zu vielen Abschiebungen in Konfliktregionen und Regionen mit menschenrechtsverletzenden Regimes geführt, in denen Menschen bei der Rückkehr verhaftet, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden.

Oft müssen die Menschen erst gültige Reisedokumente ihres Herkunftslandes (oder eines anderen aufnahmewilligen Staates) erhalten, bevor eine Abschiebung möglich ist. EU-Länder haben zu diesem Zweck Vertreter:innen von Drittstaaten, wie z. B. Sicherheitskräfte des Sudan, aufgefordert, Menschen als ihre Staatsangehörige zu identifizieren. Dadurch werden Menschen noch stärker gefährdet, vor allem politische Gegner:innen autoritärer Regimes, Menschen, die diskriminiert werden, und andere vulnerable Personen. Im Grunde werden sie einem Regime ausgeliefert, das sie zwangsläufig verhaften und unterdrücken wird.

"FREIWILLIGE RÜCKKEHR": ABSCHIEBUNG UNTER EINEM ANDEREN NAMEN

Das Konzept der "freiwilligen Rückkehr" wurde als angebliche Alternative zu erzwungenen Rückführungen (Abschiebungen) entwickelt. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) hat dieses Konzept vorangetrieben und ist an vielen Projekten unter diesem Namen beteiligt, auch an solchen, die von der EU und/oder ihren Mitgliedstaaten finanziert werden. Der Grad der "Freiwilligkeit" kann allerdings vielfach angezweifelt werden. Behörden - teilweise unterstützt von NGOs/Unterstützungsorganisationen für Migrant:innen - drängen Menschen auf der Flucht dazu, die "freiwillige Rückkehr" als einzige Alternative zu Inhaftierung und Abschiebung zu akzeptieren, und/oder Menschen werden mit dem (oft nicht eingehaltenen) Versprechen bestochen, dass sie in ihrem Leben im Herkunftsland unterstützt würden. Natürlich benötigen Menschen, die in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen, Unterstützung und sollten diese auch erhalten, aber dies muss aus dem Kontext der Programme der sogenannten "freiwilligen Rückkehr" herausgelöst werden.

ABSONDERUNG VON MIGRANT:INNEN BEENDEN

- Bestehende Absonderungseinrichtungen schließen
- Bewegungsfreiheit für alle Migrant:innen
- Den Bau neuer Lager und Haftanstalten stoppen
- Lokale und nationale Regierungen dürfen keine neuen Verträge mit privaten Lager- und Gefängnisdienstleister:innen abschließen
- Lager und andere Einrichtungen, die Menschen auf der Flucht festhalten, schließen
- Die Zusammenarbeit der Polizei mit Einwanderungsbehörden beenden
- Die Förderung von und die Forderung nach der Inhaftierung von Migrant:innen in Drittländern durch die EU beenden.
- Menschen, die in ihr Herkunftsland oder in ein anderes Land innerhalb oder außerhalb der EU abgeschoben wurden, die Rückkehr ermöglichen, um sie wieder mit ihren Familien und Gemeinschaften vereinen
- Die Inhaftierung unter allen ihren Namen (z.B. Semi-Haft in den Niederlanden, "offene Zentren" in Belgien) beenden
- Bestehende Formen der Inhaftierung und andere Formen der Bewegungseinschränkung (z.B. die Pflicht, sich jede Nacht anzumelden; "Familienhäuser" in Belgien und den Niederlanden) abschaffen
- Die Festhaltung auf Schiffen beenden, einschließlich der Unterbringung von Menschen auf Schiffen zur Bearbeitung von Asylanträgen; Pläne für Offshore-Festhaltung aufgeben.

Absonderung ist ein Bestandteil der migrationsfeindlichen Politik in allen EU-Mitgliedsstaaten. Nach Angaben des Global Detention Project gibt es in der EU über 200 Einrichtungen zur Festhaltung von Migrant:innen. Kein Mensch sollte in geschlossenen Einrichtungen festgehalten werden.

Zusätzlich gibt es in Lagern und Haftanstalten für Migrant:innen häufig Fälle von Mißbrauch und eine Vielzahl anderer Probleme wie Überbelegung, lange Dauer der Festhaltung, respektlose Behandlung durch das Wachpersonal, fehlender Zugang zu medizinischer und rechtlicher Betreuung und mehr

Frontex ist nicht direkt in die Festhaltung von Migrant:innen involviert, aber die Festhaltung ist Teil des Systems, in dem Frontex eine entscheidende Rolle spielt, und ist somit Konsequenz oder Bedingung für einige ihrer Tätigkeiten. Zum Beispiel landen Menschen auf der Flucht, die aufgrund von Frontex-Einsätzen festgehalten werden, oft in Gewahrsam. Und Abschiebungen - bei denen Frontex auf EU-Ebene eine zunehmend wichtigere koordinierende Rolle spielt - geht in der Regel die Festhaltung voraus.

Die EU und einzelne Mitgliedstaaten finanzieren und unterstützen auch die Festhaltung von Migrant:innen in Nicht-EU-Ländern als Teil ihrer Bestrebungen, die Grenzen zu externalisieren. Dies umfasst die Finanzierung des Baus von Abschiebezentren, Schulungen und Beratungen.

DIE ÜBERWACHUNG VON MENSCHEN AUF DER FLUCHT STOPPEN

- Schluss mit der Überwachung von Migrant:innen. Das Sammeln und Weitergeben biometrischer und sonstiger Daten beenden
- Migrationsdatenbanken abschaffen, alle gesammelten Daten löschen und das Projekt, die Datenbanken miteinander kompatibel zu machen, abbrechen
- Den Einsatz von Geräten zur Überwachung von Migrant:innen und zum Sammeln ihrer Daten stoppen. Die Implementierung von neuen Technologien verbieten
- Alle Verträge mit privaten Unternehmen im Bereich der Überwachung, Sammlung und Weitergabe von Daten beenden. Die Teilnahme von Frontex an der European Association for Biometrics (EAB) und anderen Lobby-Netzwerken beenden
- Die eu-Lisa Agentur abschaffen
- Das EUROSUR-Netzwerk abschaffen
- Luftüberwachung stoppen, es sei denn, sie dient ausschließlich Rettungszwecken
- Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten zur Sammlung und Weitergabe von Daten über Migrant:innen und zur Migrationsüberwachung beenden
- Die Frontex-Europol-Verbindungsbeamt:innen entlassen
- Alle Grenzschutz- und Grenzpolizeibehörden der EU-Mitgliedsstaaten abschaffen

Die Europäische Union bemüht sich, so viele Daten wie (rechtlich) möglich von (potenziellen) Migrant:innen zu sammeln, bevor, während und nachdem sie die Außengrenzen der EU überschreiten. Dafür hat sie mehrere (biometrische) Datenbanken eingerichtet, darunter Eurodac, VIS (Visa-Informationssystem), SIS II (Schengener Informationssystem), EES (Entry/Exit Scheme) und ETIAS (Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem), für die sie bis 2020 über eine Milliarde Euro ausgegeben hat. Die EU arbeitet derzeit daran, diese Datenbanken interoperabel zu machen, um sie zu einem europäischen Suchportal und einem gemeinsamen biometrischen Abgleichdienst zu machen.

Diese Systeme und Datenbanken zielen darauf ab, die Bewegungen von Menschen zu kontrollieren, zu beobachten und zu überwachen. Sie sind ein grundlegender Bestandteil der Grenz- und Migrationsmanagementpolitik und erleichtern die Identifizierung, das Anhalten und die Ausweisung von Migrant:innen. Dieselben Technologien werden beispielsweise auch eingesetzt, um registrierten "legalen" Reisenden ein schnelleres Passieren der Grenzkontrollen zu ermöglichen. Als solche tragen sie zu einem System der Grenzapartheid bei, in dem einige leicht passieren können, während andere sofort für strenge Kontrollen herausgepickt werden, und zwar aufgrund von verallgemeinerten Bedrohungseinschätzungen, die auf biometrischen Daten und Merkmalen, insbesondere der Hautfarbe, basieren.

Diese Systeme sind auch ein Vorläufer des Einsatzes von Sicherheitstechnik zur Kontrolle der Gesellschaft insgesamt, wobei Migrant:innen im Wesentlichen als Versuchskaninchen für Maßnahmen fungieren, die später in großem Masstab eingeführt werden sollen. Der zunehmende Einsatz von Kameras, immer höher entwickelter biometrischer Erkennung, Bewegungstrackern,

Software zur Erkennung von Emotionen und anderen Anwendungen der künstlichen Intelligenz (KI) baut so ein feinmaschiges System der Kontrolle, Risikoerkennung und Disziplinierung auf.

EUROSUR, das "System der Systeme" zur EU-Grenzüberwachung, ermöglicht den Austausch von Echtzeitbildern und -daten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten durch ein Netzwerk von nationalen Koordinationszentren, die von Frontex koordiniert werden, um ein "Lagebild" der EU-Außengrenzen und jenseits davon zu erstellen, mit dem Ziel, Migrant:innen abzufangen. Zunehmend werden auch die Nachbarländer der EU (insbesondere jene in Nordafrika) dazu aufgefordert, Informationen an EUROSUR zu liefern.

Frontex betreibt das EUROSUR-Netzwerk und die ETIAS-Zentraleinheit. Die meisten anderen Datenbanken werden von einer separaten EU-Agentur, eu-LISA (Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts), betrieben, mit der Frontex eng zusammenarbeitet. Beide Agenturen haben große Aufträge an Biometrieunternehmen vergeben, darunter Sopra Steria, Accenture und Idemia. Die meisten EUROSUR-Verträge gingen an GMV. Die Lobbyorganisation European Association for Biometrics (EAB) bringt Vertreter:innen aus Industrie, Regierungen und Wissenschaft zusammen. Mehrere hochrangige Frontex-Beamte:innen sind Mitglieder des Vorstands und Beirats der EAB.

MILITARISIERUNG DER GRENZEN BEENDEN

- Sicherheit darf ebenso wenig als Militarisierung der Gesellschaft verstanden werden wie Migration als Bedrohung. Militaristische Formen des Sprechens über Migration, wie etwa deren "Bekämpfung" sind abzulehnen. Stopp der Militarisierung der Grenzen: keine Entsendung von militärischem Personal und Ausrüstung zur Grenzsicherung und -kontrolle
- Stopp des Einsatzes von autonomen Systemen, wie z.B. Drohnen, zur Grenzsicherung
- Keine Finanzierung der Militarisierung von Grenzen und des militärisch-industriellen Komplexes: Abschaffung des Integrierten Grenzschutzfonds, des Europäischen Verteidigungsfonds und der Finanzierung von militärischer und sicherheitstechnischer Forschung und Entwicklung. Die Finanzierung von Grenzsicherung und -kontrolle durch andere EU-Instrumente unmöglich machen.
- Ablehnung jeder vorgeschlagenen Ausweitung der EU-"Sicherheits"- und "Verteidigungs"-Budgets
- Stopp der Externalisierung der EU-Grenzen. Beendigung der Abkommen mit und der Finanzierung von Drittländern zur Grenzsicherung und -kontrolle. Keinen Druck auf Drittländer ausüben, um die Grenzsicherheit zu stärken und die Migration zu stoppen. Beendigung der "Migrationsdialoge" mit Drittländern.
- Stopp der Frontex-Einsätze in Drittländern und der Zusammenarbeit mit Drittländern. Kündigung aller Vereinbarungen mit Drittländern, einschließlich Geheimdienst- und Risikoanalyse-Netzwerken. Abschaffung der Frontex-Verbindungsbeamt:innen und anderer Frontex-Präsenz in Drittländern.
- Schluss mit der Einflussnahme von Unternehmen auf die Entscheidungsfindung (in der EU und auf nationaler Ebene) durch Lobbyarbeit. Abschaffung des privilegierten Zugangs der Industrie zur Entscheidungsfindung und zu Frontex. Keine weiteren Frontex-Treffen mit der Industrie. Streichung des Budgets von Frontex für den Kauf/ das Leasen von Ausrüstung. Stopp der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Entscheidungsträgern.
- Stopp des Handels und der Zusammenarbeit mit Waffen- und Sicherheitsunternehmen, einschließlich derer, die ihre Waren und Dienstleistungen als "kampferprobt" bewerben
- Beendigung der Forschungs- und Innovationsprogramme von Frontex und der Zusammenarbeit mit Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen zur Entwicklung neuer Grenzsicherungs- und Kontrollkapazitäten

Wer profitiert von der Festung Europa?

Zusätzlich zu rassistischen Vorstellungen über die "europäische Lebensweise" und kolonialem Größenwahn bei der Entscheidung, wer es "verdient", in Europa zu leben, wurde die Militarisierung der Grenzen durch die EU stark von der Militär- und Sicherheitsindustrie beeinflusst. Große Rüstungs- und Technologieunternehmen wie Airbus, Thales, Leonardo und Indra sowie Lobbyorganisationen wie die Europäische Organisation für Sicherheit (EOS) haben den Diskurs über Migration als Bedrohung und die Reaktionen der Politik darauf mitgeprägt. Dies ist unter anderem durch unzählige Treffen mit EU-Beamten:innen, die Teilnahme an offiziellen EU-Beratungsgremien, runde Tische mit Beteiligung von EU-Kommissar:innen und der Veröffentlichung von Artikeln, die der Lobbyarbeit dienen, geschehen.

Von der Erhöhung der Militärausgaben der EU, z.B. durch die Schaffung des Europäischen Verteidigungsfonds profitiert der militärisch-industrielle Komplex. (Dies ist kein Zufall, denn die Idee des Fonds basiert weitgehend auf den Empfehlungen einer Beratergruppe, in der Rüstungsunternehmen und militärische Forschungseinrichtungen eine führende Rolle spielten.). Zusätzlich finanziert die EU Investitionen in die Grenzsicherung durch die EU-Mitgliedsstaaten und durch Drittländer - hauptsächlich in Afrika. Auch hier ist die Militär- und Sicherheitsindustrie der größte Nutznießer der Ausgaben für die Grenzsicherung, da sie von Schiffen und Hubschraubern bis hin zu Überwachungs- und (biometrischer) Erkennungs-Technologie alles anbietet.

Frontex ist eine zentrale Akteurin bei der Militarisierung der EU-Außengrenzen. Der Einsatz von (para)militärischem Personal und/oder der Ausrüstung zur Grenzsicherung wird seit Jahren von einer einflussreichen Industrielobby vorangetrieben und hat insbesondere seit der sogenannten "Flüchtlingskrise" 2015 an Boden gewonnen. Der Ausbau von Frontex in den letzten Jahren - mit eigenem stehenden Korps, eigenem Budget zum Ankauf/Leasing von Ausrüstung, der Möglichkeit von Einsätzen in Nicht-EU-Ländern und mit weitreichenden Befugnissen, die EU-Mitgliedsstaaten zu verstärkter Grenzsicherung zu zwingen - wurde ebenfalls von der Industrie schon Jahre vor 2015 propagiert.

Frontex hat zunehmend engere Verbindungen zu Waffen- und Sicherheitsfirmen, angetrieben durch ein Budget von etwa 2 Milliarden Euro für den Ankauf bzw. das Anmieten von Ausrüstung im Zeitraum 2021-2027. Dieselben Unternehmen beeinflussten auch die Gestaltung der EU-Migrations- und Grenzpolitik, indem sie sich als Expert:innen positionieren und von den EU-Institutionen gerne willkommen geheißen werden, etwa durch die Einladung zur Teilnahme an offiziellen Beratungsgremien. Auf diese Weise ist es der Militär- und Sicherheitsindustrie gelungen, ein Narrativ voranzutreiben, in dem Migration als Sicherheitsproblem dargestellt wird, das durch die Produkte und Dienstleistungen dieser Industrie bekämpft werden soll. Große europäische Rüstungsunternehmen wie Airbus, Leonardo und Thales sind die Hauptgewinner, während die Europäische Organisation für Sicherheit die wichtigste Lobbygruppe ist.

Dieselben großen Rüstungskonzerne sind auch für viele europäische Waffenexporte in den Rest der Welt verantwortlich und schaffen damit die Verhältnisse, die Menschen zur Flucht zwingen, wie Krieg, interne Konflikte, Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen und Armut. In den letzten Jahren hat die EU zunehmend die "globale Wettbewerbsfähigkeit" und die Exporte der europäischen

Militär- und Sicherheitsindustrie gefördert und durch den Europäischen Verteidigungsfonds und andere Instrumente zu einem Teil ihres eigenen Prozesses der Militarisierung gemacht.

Frontex und andere Grenzschutzbehörden setzen zunehmend mehr autonome Systeme zur Grenzüberwachung ein. In den letzten Jahren hat die Agentur zweistellige Millionenbeträge an die Rüstungsunternehmen Airbus, Elbit, Israel Aerospace Industries und Leonardo für die Bereitstellung von Drohnenüberwachungsdiensten im Mittelmeerraum gezahlt. Dazu gehört auch der Einsatz von sogenannten "Killerdrohnen", die als "kampferprobt" in Kriegen und bei Repressionen beworben werden.

Die maritimen Frontex-Operationen zur Verhinderung von Migrationsbewegungen im Mittelmeer und in Richtung der Kanarischen Inseln gehen einher mit Maßnahmen zur Grenzsicherung durch die Mitgliedsstaaten, eigenen EU-Militäreinsätzen (Operation Sophia und deren Nachfolgerin Operation Irini) und dem Druck auf Drittländer, als Vorposten des Grenzschutzes für die EU zu fungieren und Flüchtende zu stoppen, bevor sie überhaupt die EU-Grenzen erreichen können (die sogenannte "Externalisierung der Grenzen"). Externalisierungsbemühungen haben oft auch in Drittländern schwerwiegende Folgen, indem sie autoritäre Regime und deren Sicherheitskräfte legitimieren und stärken, die lokale (migrationsbasierte) Wirtschaft untergraben und zur Umleitung von sogenannter Entwicklungshilfe führen.

Neben dem eigenen Budget von Frontex tragen viele EU-Finanzinstrumente zur Militarisierung der Grenzen bei. Am bedeutendsten ist der Integrierte Grenzverwaltungsfonds, der darauf abzielt, die Bemühungen der EU-Mitgliedstaaten zur Stärkung der Grenzsicherheit zu finanzieren, einschließlich des Erwerbs von Ausrüstung, die für Frontex-Einsätze zur Verfügung gestellt wird. Der Europäische Verteidigungsfonds und die Forschungsgelder im Rahmen der siebenjährigen Forschungs- und Entwicklungsprogramme der EU (derzeit Horizont Europa) können ebenfalls für die Finanzierung neuer Grenzsicherheitsausrüstungen verwendet werden, während das Nachbarschafts-, Entwicklungs- und internationale Kooperationsinstrument, das Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt, die Europäische Friedensfazilität und das Instrument, das zur Stabilität und zum Frieden beiträgt, zur Finanzierung von Grenzsicherungs- und Grenzkontrollmaßnahmen in Nicht-EU-Ländern verwendet werden können.

EU POLITIKEN BEENDEN, DIE MENSCHEN ZUR MIGRATION ZWINGEN

- Stopp von Waffenexporten und anderen Formen der militärischen Unterstützung von Drittländern
- Stopp der Sicherheitskooperation mit Drittländern, sobald die Gefahr besteht, dass dies zu Repression und Menschenrechtsverletzungen führt
- Beendigung von Militäreinsätzen in Drittländern; Beendigung der europäischen Beteiligung am "Krieg gegen den Terror"; Abschaffung der NATO und Stopp der militärischen Aufrüstung der EU
- Beendigung ungleicher Handelsbeziehungen mit Drittländern - einschließlich Freihandelsabkommen. Europäischen Unternehmen und multinationalen Konzernen, die für diese Aktivitäten in und gegenüber Drittländern verantwortlich sind
- Stopp der Ausbeutung von Bodenschätzen und Ressourcen, einschließlich Land Grabbing, in Drittländern
- Ergreifung effektiver Maßnahmen zum Stopp des Klimawandels und für Klimagerechtigkeit, kein "grüner" Kapitalismus
- Übernahme der Verantwortung für die Auswirkungen von Jahrhunderten von Kolonialismus, Imperialismus, Gewalt, Sklaverei, Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung
- Reparationsleistungen und Demontage der aktuellen neokolonialistischen Ordnung und Infrastruktur.

Viele Menschen migrieren, weil sie sich dazu gezwungen fühlen. Die Ursachen für diese Entscheidung wurden und werden oft durch die Politik und das Handeln Westeuropas und der USA herbeigeführt oder verschlimmert.

Europäische Waffenexporte und andere Formen der Unterstützung autoritärer Regime heizen Kriege, interne Konflikte, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen an. Militäreinsätze verursachen Tod, Zerstörung und die Destabilisierung von Ländern, Gemeinschaften und Volkswirtschaften. Ungleiche Handelsbeziehungen, Ausbeutung und Ausgrenzung erhalten und verschärfen die Armut. Die EU ist durch ihre extraktivistische und von fossilen Brennstoffen abhängige Wirtschaft einer der Hauptverursacher des Klimawandels.

Für diese Tatsachen weigern sich die EU, ihre Mitgliedsstaaten und andere Akteur:innen, irgendeine Verantwortung zu übernehmen.

SOLIDARITÄT STÄRKEN

- Schluss mit der brutalen Kriminalisierung und Unterdrückung von Menschen auf der Flucht
- Schluss mit der Schikanie und polizeilichen Überwachung von Migrant:innen-Communities
- Schluss mit staatlichen und polizeilichen Repressionen gegen Menschen auf der Flucht, Migrant:innen-Communities, die Zivilgesellschaft und diejenigen, die Menschen auf der Flucht unterstützen
- Freigabe der beschlagnahmten zivilen Rettungsschiffe
- Schluss mit der Behinderung, Einschüchterung und Beschlagnahmung von Rettungsschiffen und Einhaltung der Verpflichtung zur Öffnung der nächstgelegenen Häfen

Wo Staaten bei der Bereitstellung von sicheren Wegen, Unterkünften und anderer Unterstützung für Menschen auf der Flucht versagen und es nicht schaffen, Menschen in Not zu retten, springen NGOs, Aktivist:innen und andere ein und zeigen Solidarität. In Lagern, Asylzentren, Abschiebeknästen und auf der Straße haben sich Menschen auf der Flucht ebenfalls organisiert, um gegen unmenschliche Bedingungen, Festhaltungen und Abschiebungen zu protestieren und ein Bleiberecht mit sicheren, lebenswerten Zukunftsperspektiven zu fordern.

Oft werden diese Aktionen mit staatlicher und polizeilicher Repression beantwortet. Such- und Rettungsschiffe werden beschlagnahmt und die Besatzungen ebenso verhaftet wie andere Personen, die Menschen auf der Flucht unterstützen. Besetzte Häuser wurden geräumt, Aufstände in Asylzentren und Abschiebeknästen gewaltsam niedergeschlagen, Menschen wurden in Isolationshaft gesteckt, ihnen wurde medizinische und rechtliche Hilfe verweigert und sie wurden gewaltsam abgeschoben.

In den vergangenen Jahren sind viele Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben sich weitgehend geweigert, etwas dagegen zu unternehmen. Sie haben sich zunehmend von Such- und Rettungsaktionen zurückgezogen oder verwenden diese als Deckmantel für Abfangoperationen und/oder Kooperationen mit Drittstaaten, um Menschen auf der Flucht in die Länder zurückzuführen, aus denen sie aufgebrochen sind.

NGOs füllen diese Lücke, wobei sie von den Grenzbehörden auf alle möglichen Arten behindert werden. Damit übernehmen sie die Aufgabe, die Staaten leisten sollten: Leben zu retten. Staatlich geführte Such- und Rettungsaktionen sind aber nur dann eine gute Alternative, wenn sie tatsächlich darauf abzielen, Menschen zu retten und ihnen eine Zukunft zu geben, statt sie zurückzudrängen oder wegzusperren, mit der Aussicht auf eine Abschiebung. Mehr noch, die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten ihre Politik ändern, die Menschen dazu drängt, gefährliche Migrationsrouten zu nutzen, indem sie sichere Routen für alle schaffen und aufhören, die Gründe zu fördern, die Menschen überhaupt erst zur Flucht zwingen.

BEWEGUNGSFREIHEIT FÜR ALLE

→ Sicherung von Bewegungsfreiheit, Aufenthaltsrecht und Existenzsicherung für alle

Europa ist auf einer Geschichte von Kolonialismus, Sklaverei, Imperialismus, Extraktivismus und Ausbeutung aufgebaut, die bis heute andauert.

Moderne Grenzen sind koloniale und rassistische Konstrukte, und die Grenzpolitik der EU institutionalisiert diese Gewalt, Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Die EU hat kein Recht, Menschen an ihren Grenzen aufzuhalten, und niemand sollte illegalisiert werden.

Europas Anti-Einwanderungspolitik, insbesondere die Militarisierung der Grenzen, hat zu mehr Gewalt gegen und Risiken für Menschen auf der Flucht geführt. Sie sind gezwungen, gefährlichere Migrationsrouten zu nutzen und werden in die Hände von Schlepper:innen und skrupellosen Schleusernetzwerken getrieben, die oft dort übernommen haben, wo Einheimische, die Migrant:innen auf ihrer Reise geholfen haben, diese Arbeit aufgrund starker Repressionen aufgeben mussten. Auf diese Weise schafft die EU selbst den Markt für Menschenhandel und Schmuggel, den sie angeblich bekämpfen will.

BEENDEN WIR DAS EU GRENZREGIME

UNSERE FORDERUNGEN:

- Frontex abschaffen
- Migrant:innen regularisieren
- Alle Abschiebungen stoppen
- Absonderungen von Migrant:innen beenden
- Militarisierung der Grenzen beenden (und den militärisch-industriellen Komplex abschaffen)
- Die Überwachung von Menschen auf der Flucht stoppen
- Solidarität stärken
- EU-Politiken beenden, die Menschen zur Migration zwingen
- Bewegungsfreiheit für alle
- Das EU-Grenzregime abschaffen

Das Ziel von #AbolishFrontex ist nicht, Frontex zu reformieren oder zu verbessern, oder es durch etwas Ähnliches zu ersetzen. Vielmehr geht es darum, die Politik und das System zu verändern, die Frontex am Leben erhalten. Wir arbeiten daran, den Grenzindustrie-Komplex zu demontieren und eine Gesellschaft aufzubauen, in der Menschen sich frei bewegen und frei leben können.